

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Beschreibungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Preisliste wertig. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus dem Erzgebirge sind 20 Pfennige, aus dem Ausland 30 Pfennige, aus dem Ausland 40 Pfennige, aus dem Ausland 50 Pfennige, aus dem Ausland 60 Pfennige, aus dem Ausland 70 Pfennige, aus dem Ausland 80 Pfennige, aus dem Ausland 90 Pfennige, aus dem Ausland 100 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Aue Leipzig Nr. 1000.

Nr. 198

Montag, den 25. August 1924

19. Jahrgang

Gewinn- und Verlustrechnung.

Von Dr. H. H. W. d. R.

Der Leidensweg Deutschlands war bisher mit Konferenzen, gewöhnlich. Wer zählt die Wähler, nennt die Namen? Nun haben wir wieder eine solche Konferenz hinter uns und es gilt, die Bilanz zu ziehen und zu prüfen, ob das Ergebnis wie in früheren Fällen, ein neuer schwerer Passivposten für uns ist, oder ob die Gesamtrechnung mit einem Gewinn abschließt.

Die Verbesserung der allgemein politischen Lage und Atmosphäre gegen früher ist unverkennbar. Man denke zurück an die Zeit vor zwei Jahren, wo auch in London und auch zur gleichen Jahreszeit uns das sinnlose Ultimatum aufgetragen wurde, und vergleiche damit zunächst einmal den grundlegenden Wandel in der Stellung Deutschlands zu seinen Feinden von gestern. Er wird am besten gekennzeichnet in einem Satz in der Schlussrede Madonalds: „Die Zeit nationaler Isolierung ist vorbei und die des Austausches der Ansichten und der vernünftigen Behandlung mit Erfahrung hat begonnen. Dies ist ein großer Gewinn nicht nur für Deutschland, sondern für alle von uns.“

Ist dieser Gewinn wirklich erzielt worden? Für die öffentliche Meinung Deutschlands wird die Erkenntnis hierdurch außerordentlich erschwert durch die Aufrechterhaltung der Ruhrbesetzung, die sich nicht nur bei Stimmungsmachern, sondern auch bei verständnisvoller Würdigung als ein starker Misserfolg darstellt und zwar für Deutschland ebenso wie für England. Derrist behält die Besetzung des Ruhrgebietes als Druckmittel gegenüber England bei den demnächst einsetzenden Verhandlungen über den Schuldenausgleich und Deutschland gegenüber bei den kommenden Wirtschaftsverhandlungen. Und wie in dieser so wird noch in mancher anderen Beziehung die Aufrechterhaltung der Besetzung sich als Gefahrenquelle erweisen können.

Demgegenüber ergibt sich die Frage, ob die auf anderen Gebieten erzielten Entlastungen und Vorteile so erheblich sind, daß um ihrer Sicherung willen diese eine starke Belastung in Kauf genommen werden muß. Die Frage ist zu bejahen.

Schon der Umstand, daß die vielen Tausenden von Ausgewiesenen und Gefangenen in ihre Heimat zurückkehren, die Beamten ihren Dienst wieder aufnehmen können, würde es rein menschlich gesehen, unendlich schwer machen, diesen Erfolg mit Ablehnung des Abkommens scheitern zu lassen. Aber nicht allein das persönliche, sondern auch das wirtschaftliche Leben wird trotz des Verbleibens der fremden Truppen doch eine Reihe von Erleichterungen erfahren, die zu berechnen von keinem verantwortungsbewußten Politiker verantwortet werden könnte. Die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes geschieht sofort und gründlich. Die Eisenbahntarife fallen; normale Verkehrsverhältnisse sind der Weg geebnet. Der Dauerzustand des fremden Zwangseingriffes in das Wirtschaftsleben an der Ruhr ist beendet; beendet auch der für den Staat unerträgliche Zustand fremder Diktatur auf administrativen und politischen Gebieten. Alle diese Erleichterungen werden sofort in die Erscheinung treten.

Nicht unwesentlicher als dies sind die Vorteile, die mit Währungsfragen auf längere Sicht erreicht worden sind. In erster Linie sind hier die Einschränkung der Befugnisse der Reparationskommission und der Ausbau des schiedsrichterlichen Gedankens zu erwähnen. Wenn dieses Übereinkommen sich auch nur auf die aus dem Sachverständigengutachten und nicht auf die Fesseln etwa aus dem Diktat von Versailles sich ergebenden Streitfragen bezieht, so wird seine Bedeutung dadurch nur wenig gemindert, da der wesentlichste wirtschaftliche Teil des Versailles Diktates durch den Dawesbericht absorbiert wird.

Daß eine Regelung unserer Reparationsverpflichtungen auf der durch den Dawesbericht geschaffenen Grundlage trotz der uns dabei angefallenen schweren Opfer und Lasten im Vergleich zu dem bisherigen Zustand einen Fortschritt und die Eröffnung wirtschaftlicher Lebensmöglichkeiten bedeutet, wird nur noch von denen bestritten, die da glauben, man könne die Folgen eines verlorenen Krieges ohne Leistungen an den Gegner ausgleichen.

Steht man die Gesamtbilanz aus den Verhandlungsergebnissen in London, so wird man zwar nicht ungetrübte Genugtuung über das Erreichte empfinden können, aber jeder, der politisch zu rechnen versteht, wird die auf der Aktivseite vorhandenen Posten doch so in die politische Kalkulation einsehen, daß er den Abschluß der Londoner Rechnung genehmigt und läßt er es nur um bedauern, weil im Falle der Nichtgenehmigung bis auf weiteres alle Aktivposten überhaupt überschulden würden. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß für Deutschland keine andere Politik möglich ist, als der Versuch, durch Verständigung mit seinen Gegnern sich aus den politischen und wirtschaftlichen Niederungen des verlorenen Krieges heraus zu arbeiten. Mühselig und dem eigenen Volke gegenüber undankbar ist diese Arbeit, aber es gibt vor der Hand kein anderes Mittel, um ins Freie zu gelangen. Steht sich das deutsche Volk, sei es durch den Reichstag als Volksvertretung oder durch eigene Volksabstimmung, auf den Standpunkt des Londoner Verhandlungsergebnisses, dann gewinnt es Raum und Zeit für bessere welt- und eigenpolitische Entwicklungsmöglichkeiten als bisher. Das kann kein Enthusiast ernsthaft bestritten. Nehmen wir es an, so ist der erstmalige, wenigstens teilweise erfolgreiche Versuch seit Versailles, zu einer erträglichen gegenseitigen Verständigung zu gelangen, gescheitert und der deutsche Leidensweg beginnt von neuem.

Das Londoner Abkommen vor dem Reichstag

Die Reichsregierung rechtfertigt sich. — Stürmische Besprechungen der Reichstagsmehrheit. — Die Kundgebungen aus Wirtschaftskreisen für Annahme des Gutachtens mehrten sich. — Vertrauensvotum für Herriot.

Die Regierung über die Londoner Abmachungen.

Berlin 23. August.

Haus und Tribüne sind gut besetzt. Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Marx, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsernährungsminister Graf Kanitz, Reichswirtschaftsminister Hamm. Nachdem Präsident Wallrat zunächst den Einspruch des kommunistischen Abgeordneten Dr. Schwarz gegen seinen Ausschluß verlesen und sodann die Ermächtigung erhalten hat, diesen Einspruch in der heutigen Sitzung nach Entgegennahme der Erklärungen der Reichsleitung der Entschiedenheit des Hauses zu unterbreiten, erhält

der Reichskanzler

das Wort, dessen Rede wir bereits in der Sonnabendnummer veröffentlicht haben.

Alsdann ergreift von den Kommunisten mit wachsenden Kundgebungen empfangen,

Reichsminister Dr. Luther

das Wort. Er gibt zunächst ein Bild von der wirtschaftlichen Lage und fährt dann fort: Zur Zeit ist das Reich in einem Zustand der Verwirrung zu stehen, die die Finanzlage bei Nichtannahme des Londoner Abkommens gestalten wird. Die sachlichen Grundlagen für ein langes Durchhalten sind unter den jetzigen Verhältnissen nicht gegeben. Ich kann mir nicht vorstellen, daß bei einem Abbruch der Verhandlungen die Befugnisse auf eine Fortsetzung der Gewaltpolitik zur Ausbreitung der deutschen Wirtschaft verzichtet werden. Die Wirtschaft des besetzten Gebietes kann die Währungsverträge nicht mehr weiter tragen. Infolgedessen wird die Regierung eingreifen müssen, und wenn die Mittel dazu nicht vorhanden sein werden, so wird ein völliger wirtschaftlicher und sozialer Zusammenbruch im Ruhrgebiet drohen, und damit die größte Gefahr für ganz Deutschland. Unserer Wirtschaft fehlt, wie allgemein bekannt, der Kredit. Bei Nichtannahme der Abmachungen würde die Kreditnot unermesslich stark steigen. Verschärfung der Kreditnot bedeutet weitere Arbeitslosigkeit. Schließlich muß so der Zeitpunkt kommen, daß Reich und Länder und Gemeinden ihre einfachsten Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Trotz aller Bedenken zwingt uns der Gesamtzustand unserer Wirtschaft zur Annahme der Londoner Abmachungen.

Die Lasten sind gewiß groß, aber es ist auch sicher, daß nur bei Annahme der Londoner Abmachungen unserer Wirtschaft die Erleichterungen verschafft werden können, nach denen sie mit Recht verlangt, nämlich die Wertschätzung unserer Steuerkraft an die wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten und ein fühlbarer Abbau der Eisenbahntarife. Die 800-Millionen-Anleihe wird Schrittmacher für weitere langfristige ausländische Kredite zu tragbaren Bedingungen sein. Ich wage es auch, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß das deutsche Volk wenn es sich an die Arbeit und tapfer wartet, auf der Grundlage des Londoner Abkommens unter lebenswürdigen Bedingungen endlich seinen Wiederaufstieg beginnen wird.

Außenminister Dr. Stresemann:

Nach der von der Mehrheit mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede Luthers wendet sich Außenminister Stresemann gegen die äußerste Rechte, indem er darauf hinweist, daß gerade sie immer behauptet habe die Franzosen hätten garnicht daran, das Ruhrgebiet zu räumen. Herriot der sich verpflichtet hatte, aber die Räumungsfrage nicht zu verhandeln, habe das doch schließlich mit Zustimmung seines Ministerrates getan. Im Vergleich zu dem ursprünglichen französischen Standpunkt in der Räumungsfrage habe London doch sehr wesentliche Vorteile für Deutschland gebracht. Dr. Stresemann weist dann auf den

Zusammenhang zwischen den handelspolitischen Wünschen Frankreichs und der Räumungsfrage hin.

Die deutsche Delegation hat London verlassen, ohne sich in handelspolitischen Fragen irgendwo zu binden. Es war für Deutschland sicher besser, in bezug auf den Endtermin der militärischen Räumung etwas nachzugeben, statt für die künftigen wirtschaftlichen Verhandlungen die Krämpfe vorher aus der Hand zu geben. Wenn von der Mehrheit gesagt wird, die Arbeitslosigkeit

hätte sofortige Räumung erfordert, so klingt das fast im Munde von Deuten, die sonst immer betonen, daß sich die Entwicklung der Geschichte nicht nach Theorien sondern nach den realen Machtverhältnissen richte. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Herriot wollte uns durch die sofortige Räumung von Offenburg und Wittenweiler einen sichtbaren Beweis seines guten Willens geben, und er hat sein Wort gehalten. Das anzuerkennen, nehme ich keinen Anstand. Wir können die Außenpolitik nicht so treiben, daß wir immer den Gegner als wortbrüchigen Schuft bezeichnen. (Beifall bei der Mehrheit.) Stresemann schließt: Die Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die politisch meist rechts stehen, haben sich gewiß nicht aus Gefühlsgründen für das Dawesgutachten ausgesprochen, sondern weil der Vorstand es ihnen gebot. Das Ruhrgebiet hört damit auf, die Reparationsprovinz zu sein. (Auf rechts: Ganz Deutschland wird Reparationsprovinz!) Ja und das soll so sein. Ganz Deutschland hat die Pflicht für die Reparationslasten zu haften. Es darf das nicht der Bevölkerung des besetzten Gebietes allein überlassen bleiben. (Beifall bei der Mehrheit.) Mit Zustimmung der Rechten wollte schon das Kabinett Cuno aus der Spezialschuld des Ruhrgebietes eine Generalschuld des deutschen Reiches machen. Das haben wir jetzt erreicht. (Beifall bei der Mehrheit.) Von Versailles bis London war ein weiter Weg der Demütigung, London ist nicht der Schluss es soll der Anfang sein einer Entwicklung deren Ziel das Ende der nationalen Isolierung und der Beginn einer neuen Ära der Verständigung der Völker ist.

Als Stresemann endet, erbraust ein noch nicht dagesessener Beifall durch das ganze Haus und pflanzt sich auf die Tribünen fort, während man links sitzt. Die Regierung hat mit dem Vorhinein ihrer drei Vertreter ihre Pflicht erfüllt: es haben nun die Deutschen nationalen das Wort und die Verantwortung.

Der Schluss der Sitzung war nach Herrn Schwarz gewidmet „um deswillen der gesamte Reichstag durch Kriminalpolitik abgehehrt war,“ aber darauf verzichtete, auf irgendwelchen Schleichwegen ins Haus zu gelangen. Montag mittag wird man in die erste und zweite Lesung der Gutachtengesetze eintreten.

Reichswirtschaftsrat für Annahme des Londoner Paktes.

Berlin, 24. August. Der Reichswirtschaftsrat für die Besetzung der Sachverständigenkommission, der wirtschaftspolitische und finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates verabschiedete heute nach mehrstündigen Sitzungen die Beschlüsse zur Durchführung des Sachverständigengutachtens mit folgender Entschlieung:

Der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates stellen einmütig fest, daß wesentliche Voraussetzungen, die von den internationalen Sachverständigen als unerlässlich für die Durchführbarkeit ihrer Vorschläge bezeichnet worden sind im Londoner Abkommen unerfüllt geblieben sind. Die Ausschüsse bezweifeln nach wie vor ernsthaft, daß die dem deutschen Volke in dem Dawesgutachten auferlegten Lasten von der geschwächten deutschen Volkswirtschaft getragen werden können. Trotzdem halten die beiden Ausschüsse angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage namentlich im Hinblick auf die Unhaltbarkeit der Zustände im besetzten Gebiet und die sich aus einer Ablehnung des Londoner Abkommens ergebenden schweren Folgen, eine Ablehnung nicht für möglich und stimmen deshalb der Annahme in der bestimmten Erwartung zu, daß in den Organisationskomitees und bei der Ausführung der einzelnen Bestimmungen der Gesetze und Maßnahmen eine Objektivität abzuwarten wird, die dem ersten Grundsatz des Dawesgutachtens — der Anpassung der Lasten an die Leistungsfähigkeit Deutschlands — Rechnung trägt.

Diese Resolution wurde mit 81 gegen 10 Stimmen angenommen.

Die Minderheit die gegen den letzten Teil der vorstehenden Entschlieung stimmte, hatte für diesen Teil folgende Fassung vorgeschlagen: „Bei dieser Sachlage können sich die Ausschüsse mit den Ergebnissen der Londoner Konferenz und mit dem Erlass der Gesetze zur Durchführung des Dawespaktes nur unter dem Zwang der außenpolitischen Lage und im Hinblick auf die unerfüllten Lasten der Bevölkerung in den besetzten

ste
Tung.
afer
tinerstr 15
rttes!
enze
ant
icht
br.
tung!
el- u.
bst
der Vorrat
stanlagen,
nitz.
Billig!
eingetroffen
rdinen
p. 50 Wp.
andlung.
bst
onweise
rtoffel-
dlung,
on 331.
utter,
rgarine
ziehen Sie
ttbg.)
illeh
pril.
ung.